

# Von Einzelfällen kann keine Rede mehr sein

Auf einer Tagung des „Darmstädter Signals“ über Rechtsextremismus in der Bundeswehr wird mehr Aufklärung gefordert

Von Johannes Klotz

Waren die rechtsextremistischen Vorfälle der letzten Jahre in der Bundeswehr lediglich Einzelfälle? Oder weisen sie auf strukturelle Defizite der Organisation, der militärischen Führung und der sie kontrollierenden Behörden und des Verteidigungsministeriums hin? Dieser Frage war kürzlich eine Tagung des „Darmstädter Signals“, das sich als „kritisches Forum aktiver und ehemaliger Soldaten“ versteht, in Eisenach gewidmet.

Valide wissenschaftliche Studien zu dem Thema gibt es nicht. Wenig erstaunlich, denn externe Forschungseinrichtungen benötigen dazu die Erlaubnis der Bundesregierung, der Bundeswehr und des Militärischen Abschirmdienstes. Den Willen dazu gibt es jedoch nicht. Inzwischen steigt aber der Druck von außen, auch nachdem durch den NSU-Prozess Staatsversagen in Sachen Rechtsextremismus öffentlich geworden ist.

Wenn empirische Studien fehlen, helfen Analogieschlüsse und Kenntnisse des Militärhistorikers. Die lieferte der ehemals am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg beschäftigte Historiker Wolfram Wette. Er berichtete von historischen Erfahrungen vom Tarnen und Täuschen, für die es viele Belege ge-

be. Soldaten gäben sich nur im engen Umfeld zu erkennen, ihr Korpsgeist gebiete, Vorkommnisse, die dem Ansehen der Militärorganisation schadeten, nicht nach außen dringen zu lassen. Und wenn es Vorkommnisse gäbe, wiegele die militärische Führung ab. Vorkommnisse würden heruntergespielt, es solle kein Generalverdacht aufkommen. Zudem behindere auch Politik Aufklärung, indem Untersuchungsausschüsse nicht zustande kommen, oder nicht jedem Verdacht ernsthaft nachgegangen werde. Und die Grauzonen mangelhafter interner Untersuchungskriterien des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) können laut Wette dazu führen, dass nur wenige Fälle festgestellt werden. So wird zum Beispiel ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ verlangt, um einen Soldaten als rechtsextrem zu bezeichnen.

Wette führte zahlreiche Einzelbeispiele aus der Geschichte der Weimarer Republik an, verwies auf die Methoden der Freikorps, die sich im dauernden Kriegszustand fühlten, erzählte von Selbsterleben („Solche Leute wie X müsse man im Ernstfall sofort erledigen“), streifte die NS-Zeit, in der ein militärisches Denken des Ausschaltens und Liquidierens um sich griff, bis zu Vorfällen in den 1970er Jahren, in der Friedensforscher in das Feindbild von Offizieren gehörten.

Viele weitere Beispiele bis in die jüngste Zeit wurden auf der Tagung angeführt. Sie alle seien verschiedenen rechtsextremen Netzwerken zuzuordnen und Kämpfern, die sich für den Tag X eines bewaffneten Aufstands in Deutschland vorbereitet. Von Einzelfällen könne nicht mehr die Rede sein, so Wette und Oberstleutnant a. D. Jürgen Rose, Bundeswehr-Kritiker und Vorstandsmitglied des „Darmstädter Signals“, unisono.

## Wolfram Wette steuerte historische Erkenntnisse bei

Ihre Erkenntnisse decken sich mit jenen, von denen die *tageszeitung (taz)* im Herbst 2018 berichtet hat: Es existiere ein gewaltbereites rechtsextremes Netzwerk in der Bundeswehr, „Hannibals Schattenarmee“, mit Verbindungen zum Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr und zum Verfassungsschutz. Auch der Militärische Abschirmdienst, das Kontrollorgan für solche Fälle in der Bundeswehr, gibt sich seither aufgeschreckt und hat kürzlich von mehr als 400 rechtsextremistischen Verdachtsfällen berichtet, weit mehr als zuvor bekannt.

Dass es keine empirischen Untersuchungen über das Ausmaß der Verbrei-

terung und Verankerung solcher Gruppierungen in der Bundeswehr und über etwa vorliegende Planungen für Aktionen gebe, beklagte kürzlich auch der Bundestagsabgeordnete Konstantin von Notz (Grüne), stellvertretender Vorsitzender des parlamentarischen Kontrollgremiums.

Eine Intensivierung der Erforschung und Aufklärung dieser verdeckten und mindestens geduldeten Aktivitäten im Untergrund der Bundeswehr sei dringend vonnöten, war folglich das warnende Resümee der Eisenacher Tagung und eine Aufforderung an die Parlamentarier des Bundestages. Die Innere Führung und damit die demokratischen Werte seien in der Armee fester zu verankern, den späten Warnungen des Militärischen Abschirmdienstes müsse man Taten folgen lassen.

Dass das auf Widerstand trifft, war beim Vortrag von Oberstleutnant Kai Samulowitz über das Traditionsverständnis der Bundeswehr und den Rechtsextremismus herauszuhören. Als aktiver Offizier für politische Bildung in der Bundeswehr wollte er dieser offensichtlich nicht zu sehr auf die Füße treten. Er aber bildet Offiziere aus und trägt Verantwortung dafür, dass das demokratische Leitbild der Bundeswehr den auszubildenden Soldaten beigebracht wird.